



Pressemitteilung

Ansbach, 24. August 2011

Nach Gespräch mit Innenminister: Staatsregierung weiter halbherzig bei Entlastung der Bürger

Bürgerinitiative will Ausweg aus „Quadratur des Kreises“- Stufenweise Abzugsperspektive schaffen

Katterbach-Umgehung vor dem Aus – Truppenreduzierung ermöglicht Kreisverkehr am Umlas

Nach dem Zusammentreffen von Vertretern der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ mit dem bayerischen Innenminister Herrmann am Dienstag liegt ein entschlossenes und strukturiertes Vorgehen der Staatsregierung für die Entlastung der Bevölkerung von Lärm und Abgasen der US-Kampfhubschrauber weiterhin in der Ferne. Durch seine Ablehnung einer Unterstützung des einstimmigen Ansbacher Stadtratsbeschluss mit der Forderung nach einem Nachtflugverbot und Überflugverbot von Wohngebieten lasse Hermann die Bürger im Stich, so die BI.

BI-Vorsitzender Pfarrer i.R. Hansjörg Meyer erklärte in einer ersten Einschätzung: „Das Zustandekommen des Gesprächs ist ein Zeichen dafür, dass die ungelöste Problematik der massiven Militärpräsenz in unserer Region sich zunehmend zum Problem für die Staatsregierung entwickelt. Die Aussagen des Innenministers, dass er sowohl Verständnis für die Notwendigkeit von Kriegsübungen der US-Armee in Ansbach und Illesheim als auch für die Sorgen der Bevölkerung vor der Gefährdung von Gesundheit und Lebensqualität durch den Betrieb der Militärbasen habe, beschreibt jedoch nichts weiter als die Quadratur des Kreises. Verteidigung von Bürgerwohl und Stationierung von 110 Kampfhubschraubern in der mittelfränkischen Siedlungsstruktur schließen sich gegeneinander aus.“

Laut dem neuen Katterbacher Kampfkommandanten Voorhees spielte die Staatsregierung eine tragende Rolle bei Ausbau und Aufrüstung der Militärbasen Ansbach und Illesheim (siehe *Fränkische Landeszeitung*, 01.08.11). Gleichzeitig weisen die Verantwortlichen in München jetzt ihre Einflussmöglichkeiten mit Blick auf Umsetzung bürgerfreundlicher Flugbestimmungen per Gesetz und Truppenreduzierungen von sich. Umso kurzsichtiger muss der Versuch erscheinen, den politischen Kardinalsfehler aus 2006/07 nun durch eine temporäre Verlagerung von Übungsflügen in die Oberpfalz ausbügeln zu wollen. Die BI betonte erneut ihre Solidarität mit den unter den Auswirkungen der Militärstandorte Grafenwöhr und Hohenfels leidenden Menschen: „Wir sprechen uns klar gegen ein nordbayerisches Sankt-Floriansprinzip in Sachen US-Armee aus. Diese Hubschrauber-Rochaden zeigen, dass in Bayern die Entlastung eines Ortes nur auf Kosten eines anderen möglich ist.“ Inzwischen erreichen die BI Beschwerden über nächtliche Hubschrauberflüge aus den Landkreisen Erlangen-Höchstadt und Neumarkt. Das Pendeln zwischen Ansbach und Grafenwöhr behebt nicht das Lärmproblem, sondern weitet es auf noch mehr Regionen aus.

Der BI-Vorstand bezeichnete die enorme Luftverschmutzung der bis zu 1.600 Liter hochgiftiges JP-8-Kerosin pro Stunde verbrauchenden Maschinen als „unverantwortlich für Mensch und Natur“ und will die Politik von einem stufenweisen Ausweg aus der „Quadratur des Kreises“ überzeugen:

In einem ersten Entlastungsschritt soll neben der Umsetzung des einstimmigen Stadtratsbeschlusses eine Rückverlegung von Teilen der Hubschrauberstaffeln in die USA erreicht werden, wo weitaus strengere Flugbestimmungen gelten. Gleichzeitig muss für Ansbach und Illesheim ein Plan für eine zivile Umnutzung der militärischen Liegenschaften erarbeitet werden, um den Kommunen eine Option auf eine mittelfristige Abzugsperspektive zu verschaffen. Entgegen von Aussagen des Innenministers bedeutete der Abzug der US-Armee bislang in Franken stets nicht nur mehr Lebensqualität, sondern stärkte auch den Wirtschaftsstandort. Das seitens der CSU angeführte angebliche Negativbeispiel Kitzingen geriet nur deswegen kurzfristig in Übergangsprobleme, weil die Staatsregierung versäumte, rechtzeitig an einem Umnutzungskonzept zu arbeiten. Inzwischen spricht der Kitzinger Oberbürgermeister davon, dass sich „Kitzingen bei der Konversion selbst überholt“ (siehe Pressemitteilung der Stadt Kitzingen vom 03.01.11; http://www.kitzingen.info/fileadmin/files_stadtentwicklung_wirtschaft/Konversion/110103_OB_Statement_Konversion_2010.pdf).

Hinsichtlich ihres Stufenplans will die BI künftig verstärkt in Kontakt mit Landes- und Bundespolitik treten. Grundlage für den ersten Schritt einer Einführung von Nacht- und Überflugverboten ist eine Novellierung der Flugbestimmungen für Ansbach und Illesheim auf der Basis einer Gleichstellung von militärischen und zivilen Flughäfen. In diesem Zusammenhang würdigte der BI-Vorstand neben den Anstrengungen von Linken und Grünen im Bund auch den Einsatz des Wahlkreisabgeordneten Göppel, diese Gleichstellung zu erwirken: „Es wäre begrüßenswert, wenn mehr Parlamentarier der CSU, aber auch der SPD, dem Bürgerwohl den Vorrang vor Militärinteressen geben.“

Truppenreduzierung ermöglicht Kreisverkehr - Katterbach-Umgehung vor dem Aus?

Mit großem Erstaunen hat die BI die Neubewertung der Katterbach-Umgehung durch die Staatsregierung zur Kenntnis genommen, die diese noch im Dezember 2010 als „prioritär“ eingestuft und deren Bau bei der Bundesregierung beantragt hatte. Damals war die Rede von einer „verkehrlichen Notwendigkeit“. Diese Begründung musste der Innenminister nun korrigieren: Dem Bedarf lägen alleine „Sicherheitsbedenken der US-Armee“ zugrunde. „Diese völlig unnötige Flächenversiegelung mit ausschließlichem Nutzen für das Militär auf Kosten der Steuerzahler und unter Enteignung Ansbacher Bürger muss ein für alle Mal zu den Akten gelegt werden“, forderte die BI.

Diese plötzliche Umkehr eröffnet in den Augen der BI zudem neue Chancen für einen Kreisverkehr am Windmühlberg als flächensparende und kostengünstige Lösung im Gegensatz zu den unzähligen Varianten eines „Monster-Knotens“ zum Anschluss der Stacheldrahtsiedlung des US-Militärs am Umlauf. Derzeit scheitert der vom Stadtrat einstimmig geforderte Kreisverkehr laut Staatl. Bauamt Ansbach an der prognostizierten Verkehrsbelastung einer angenommenen Endausbaustufe des Umlauf. „Mit einem Verzicht auf weitere Bauabschnitte am Umlauf infolge einer Truppenreduzierung rückt der Kreisverkehr in greifbare Nähe“, strich die BI abschließend heraus.

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher